

1. **Vorab – Beantwortung der spontanen Anfrage zur Stadtverordnetenversammlung am 25.06.2009**
Einreicher: Herr Jörg Gleisenstein TOP 5.1.

2. **zu Frage 1:**

Wie hoch ist der Energieverbrauch der kommunalen Gebäude? Welche Kosten entstehen hierfür? Wie hoch sind die durchschnittlichen Energiekosten (€/m²)? Welche Gebäude zeichnen sich durch besonders hohe, welche durch besonders niedrige Energiekosten (€/m²) aus?

Im Jahr 2008 entstanden der Stadt Frankfurt (O) für die kommunalen Gebäude Stromkosten in Höhe von 2.184.316,07 €, bei einem Verbrauch von 20.523,49 MWh.

Der Wärmeverbrauch betrug 6.933,63 MWh. Die dafür entstandenen Kosten beliefen sich auf 961.069,30 €. Diese Angaben beinhalten die Daten der vom ZIM, Sport- und Schulverwaltungsamt, sowie vom EB- Kultur betriebenen Objekte.

Eine Aussage über durchschnittliche Energiekosten/m² kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht gemacht werden, da die Erhebung dieser Daten nicht in dieser Form erfolgt.

Die Beantwortung dieser Anfrage bedarf einer entsprechenden Bearbeitung der vorhandenen Daten und ist somit kurzfristig nicht möglich.

Daraus resultiert, dass die entsprechenden Aussagen zu besonders hohen bzw. besonders niedrigen Kosten der Objekte/m² nur im Ergebnis dieser Betrachtungen getroffen werden können.

Auf Grund der unterschiedlichen Nutzungsarten der Gebäude wären die gewünschten Angaben jedoch nur sehr bedingt aussagefähig.

Eine schriftliche Beantwortung der noch offenen Fragen kann bis Ende August zugesagt werden.

Zu Frage 2:

Gibt es für die kommunalen Gebäude einen Energiepass oder ist die Erstellung eines solchen geplant?

In der ENEV 2007 wird unter §16 Abs. 3 ausgeführt: „Für Gebäude mit mehr als 1000 m² Nutzfläche, in denen Behörden und sonstige Einrichtungen für eine große Anzahl von Menschen öffentliche Dienstleistungen erbringen und die deshalb von diesen Menschen häufig aufgesucht werden, sind Energieausweise nach dem Muster auszustellen.“

Die Aushängepflicht für öffentliche Gebäude greift ab dem 01.07.2009.

Das ZIM hat Ausweise für 65 Gebäude zu erstellen und arbeitet z.Z. konzentriert daran. Die Ausweise werden auf der Grundlage des berechneten Energieverbrauchs erarbeitet.

Die Fertigstellung aller Ausweise wird bis zum 30.06.2009 abgeschlossen sein, sodass zum 01.07.2009 das Aushängen der Energieausweise in den entsprechenden Gebäuden stattfinden kann.

Zu Frage 3:

Welche Anstrengungen unternimmt die Verwaltung, die Energiekosten zu senken? Ist die Senkung der Energiekosten ein Ziel der Verwaltung? Wenn ja, wie wird dies evaluiert und welche Erfolge wurden dabei erzielt?

Die Verwaltung ist selbstverständlich an der Senkung der Energiekosten interessiert, um insgesamt Betriebskosten zu sparen.

Auch das Konjunkturpaket II trägt mit mehreren energetischen Maßnahmen zur Energieeinsparung bei. Darin enthalten sind folgende energetische Sanierungsmaßnahmen:

- Schule, Bergstr. 122, Trakt II
- Förderschule, Sabinusstr.
- Friedensschule, Leipziger Str. 165
- Kleistoberschule, Leipziger Platz
- Horthaus, August-Bebel-Str.
- Waldorfkita, Siedlerweg 18
- Kinderheim, Grüner Weg 4

Zu Frage 4:

Gibt es Maßnahmen, den Energieverbrauch nicht nur durch bauliche Maßnahmen zu verringern, sondern auch durch Verhaltensänderungen? Wenn ja, wie sehen diese aus? Welche Erfolge wurden dadurch erzielt? Wenn nein, warum nicht?

Das Nutzerverhalten insbesondere in den Kitas und Schulen ist sehr unterschiedlich und von der Verwaltung nicht beeinflussbar. Im Nutzerverhalten ist eingeschlossen: Duschverhalten der Kinder in Kitas, Küchennutzung der Kitas, WC-Nutzung an den Schulen und in Verwaltungsgebäuden. Das ZIM hat keine Möglichkeiten hier erzieherisch einzuwirken. Das ZIM reagiert jedoch mit einer Ursachenforschung, wenn Betriebskosten bei baugleichen Objekten sehr weit auseinander liegen.

Zu Frage 5:

Gibt es ein System, durch das die NutzerInnen der Gebäude profitieren, wenn durch Verwaltungsänderungen Einsparungen erzielt werden? Wenn ja, wie sieht dies aus?

Keine, die Investitionen finden an stadteigenen Immobilien statt. Da die Stadt dort auch die Betriebskosten zu tragen hat, gibt es keine Anreizmöglichkeiten. Im Falle einer Vermietung muss der Nutzer die Betriebskosten so weit als möglich durch eigene Verträge selbst tragen.

Zu Frage 6:

Wurde oder wird in Frankfurt (Oder) das Prinzip des fifty-fifty-Projekts ausprobiert oder durchgeführt (ein Schulprojekt, bei dem die Hälfte – oder ein anderer Anteil – der Einsparungen bei den Energiekosten durch Verhaltensänderung direkt den Schulen als zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt wird)? Könnte sich die Verwaltung solche fifty-fifty-Projekte für Nutzer öffentlicher Gebäude (Schulen, Kitas, VHS etc.) vorstellen, bzw. wirbt hierfür bei den Einrichtungen?

Landesinitiative „Helle Schule: Energie mit Sinn“ – Pilotprojekt 1998 bis 2000

- Erfolgreiche Teilnahme der A.-Lindgren-GRS
- Vereinbarung zwischen der Stadt Frankfurt (Oder) und Schule getroffen
- § 9 der Vereinbarung beinhaltete den Umgang mit erzielten Einsparungen, ein Drittel zur Verwendung der Schule selbst, ein Drittel für Investitionen im Energiebereich der Schule und ein Drittel verbleibt beim Schulträger

Fortführung der Initiative 2001 „Unsere Zukunft –Energie mit Sinn“ 2002 -2004

- Vorschläge durch MBJS mit Auflistung von Ansprechpartner
- Sponsorenvereinbarung zwischen der Stadtverwaltung und den Stadtwerken Frankfurt (Oder) für teilnehmende Schulen
- Vereinbarungen mit GRS „Am Botanischen Schule“
GRS „Birkenschule“
GRS „A.-Lindgren“ – Fortführung bis **2006**
- Verteilung der Einsparungen: 25% zur freien Verfügung der Schule
50% gebunden an kostensenkende Projekte der Schule
25% verbleibt beim Schulträger

Rückblickende Erfahrungen:

- Das MBJS hat nach Abschluss der Pilotphase bei Weiterführung der Projekte die Einbindung von Beraterfirmen für erforderlich gehalten, wobei eine finanzielle Beteiligung der Schulträger notwendig wurde.
- Finanzmittel aus Einsparungen im Energiebereich standen dem Amt zur Weiterreichung an die Partner der Vereinbarungen nicht zur Verfügung. Sie wurden aus den Unterrichtsmitteln und den Mitteln zur Erhaltung baulicher Anlage bestritten.
- Umzüge und große Umbaumaßnahmen in den Einrichtungen erschwerten die durchgängige Arbeit an den Projekten.
- Die Grenzen von organisatorischen Einsparmöglichkeiten waren bald erreicht. Für weitere Energieeinsparung wurden weitreichende bauliche Veränderungen notwendig.
- Die organisatorischen Maßnahmen werden in Zusammenarbeit mit dem technischen Personal an den Schulen fortgesetzt, weisen aber durch die Dauerhaftigkeit keine neuen Einsparmöglichkeiten aus.

Zu Frage 7:

Ist der Verwaltung bekannt, ob sich Frankfurter Schulen an Klimaschutzinitiativen beteiligen, z. B. am Aktionsprogramm „Klimaschutz an Schulen“ (<http://klima.bildungscnt.de>)? Wirbt die Verwaltung bei den Schulen dafür, sich an solchen oder ähnlichen Aktionen zu beteiligen?

Am Gauß-Gymnasium gibt es zwar kein ausdrückliches "Klimaschutzprojekt" vom Namen her. Dennoch wird mit den Gymnasiast/innen viel auf ökologischem Gebiet gearbeitet:

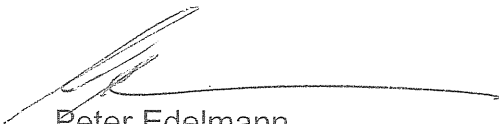
- Schulprojekt "Ökologische Schule" + "Gesunde Schule" (Zertifizierung im Herbst)
- Projekt "Alternative Energien" mit Solarlabor und hoffentlich künftiger Solaranlage
- Projekte mit dem NABU zur Nachhaltigkeit (Fledermäuse/ Hummeln)
- "Land aktiv" - Projekt mit den jüngeren Kindern
- Projekt "Gewässerrucksack" zur Untersuchung bei Exkursionen (Anleitung der älteren Schüler für die jüngeren Schüler)
- Untersuchungen an der Oder zur Einwanderung von asiatischen Körbchenmuscheln
 - Aktion "Pflanzung der Bäume des Jahres" auf dem Schulhof
 - Projekt "Klima" mit einer gesponserten Wetterstation von Siemens

An der Sportschule wird im Fach Geographie der Klassenstufe 10 seit einem halben Jahr ein Projekt „Was geht uns das Klima an? – Klima und nachhaltiger Klimaschutz“ durchgeführt.

An der Lenné-Grundschule agiert Frau Bossin als Schulberaterin für Bildung für nachhaltige Entwicklung. Sie engagiert sich z. B. für die Errichtung einer Solaranlage an ihrer Schule.

Die „Aktion Klima“ des Bundesumweltministeriums zur Kohlendioxid-Reduzierung (unterstützt vom BildungsCent e. V.) ist den Schulen bekannt. Die Stadt unterstützt solche Aktionen durch die Weitergabe von Informationen.

Letztendlich müssen die Schulen, die in ihrer Arbeit autark sind, entscheiden, an welchen Projekten sie sich beteiligen können. Es wird eine Vielzahl von interessanten Projektideen aus Bereichen der Kultur, des Sports, der Gesundheit, der Gesellschaftswissenschaften, der Umwelt u. v. m. an die Schulen herangetragen, so dass eine Auswahl getroffen werden muss, die dem Profil der Schule und den Möglichkeiten der pädagogischen Begleitung entspricht.



Peter Edelmann

Beigeordneter Dezernat für Wirtschaft, Stadtentwicklung,
Bauen und Umweltschutz